

Ausgabe

**25. Februar
2011**

„Die Quote ersetzt nicht die Kompetenz. Aber auch kompetente Frauen brauchen nach wie vor die Quote, um ihre Kompetenz einsetzen zu können.“

**Karin Kortmann
zum
Internationalen
Frauentag**

Übersicht:

Landesparteirat	2
Im Interview:	
Norbert Fischer	3
aus dem Landtag	4
Reform der	
Grundsicherung	5
Einladung	
SPD-Parteitag	6



**Informationsdienst der SPD Düsseldorf
für die Bundestagswahlkreise 107 und 108**

**Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Genossinnen und Genossen**

Hamburg gewonnen, Studiengebühren in NRW abgeschafft, Kompromiss bei Hartz IV erreicht. Die SPD hatte eine gute Woche! Es zeigt sich, dass da wo die Interessen der Beschäftigten mit Wirtschaftswachstum einhergehen und die soziale Spaltung überwunden wird, steigt die Anerkennung und Zustimmung zu sozialdemokratischer Politik.

Dafür hat in unserer Stadt Marlies Smeets als Bürgermeisterin und als Mitglied der SPD-Ratsfraktion wie keine Andere gestanden. Am Sonntag feiert „uns Marlies“ ihren 75. Geburtstag.



Marlies Smeets
Ehrenoberbürgermeisterin
der Landeshauptstadt Düsseldorf

**Liebe Marlies, zu Deinem 75. Geburtstag
unsere herzlichsten Glückwünsche.**

Als Oberbürgerbürgermeisterin der Landeshauptstadt Düsseldorf hast Du von 1994 bis 1999 die Geschicke unserer Stadt gelenkt. Die SPD ist stolz auf Dich und das, was Du für Düsseldorf und die Menschen getan und erreicht hast.

Alles Gute, Glück auf, Marlies!

Deine SPD Düsseldorf



Die SPD kämpft weiter gegen den Missbrauch der Leiharbeit. In der Debatte des Bundestages zum schwarz-grünen-Gesetzentwurf zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes übte die SPD noch einmal heftige Kritik an der Blockade von Union und FDP beim Thema „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.. Auf der Tagesordnung stand die erste Lesung eines Gesetzentwurfs der Koalition, mit dem notwendige EU-Vorgaben umgesetzt werden sollen, sowie ein Antrag der SPD. Die Debatte wurde zu einem Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition über das Thema „gleicher Lohn“. In den Verhandlungen zur Neuregelung der Grundsicherung konnte die SPD einen Mindestlohn für die Branche durchsetzen. Bei der Frage, ob Leiharbeitskräfte und Stammebelegschaften künftig gleich behandelt werden sollen, blieben Union und FDP dagegen bei ihrer Totalblockade.

Weitere Infos im neuesten **kurz&bündig**.

Karin Kortmann



Am vergangenen Sonntag lud der Oberbilker SPD-Ortsverein zu seinem Neujahrsempfang ein. Klaus Hänsch, ehemaliger EU-Parlamentspräsident begeisterte die Gäste mit seinem klaren, aber auch kritischen Europaplädoyer. Solange Europa in den Medien kaum vorkomme, dürfe man sich auch nicht wundern, das die große Bedeutung Europas in der Bevölkerung kaum ankomme.

Foto: Petra Kammerevert, Karin Kortmann, Klaus Hänsch, Stefan Sticherling



Beschluss Landesparteirat NRWSPD

Gemeinsam neue Wege für mehr Demokratie öffnen.

Das Wahlrecht ist die wichtigste, aber nicht die einzige Form der politischen Beteiligung in der Demokratie. Demokratie lebt von der Akzeptanz der Entscheidungen durch die Betroffenen. Akzeptanz braucht mehr als nur Vermittlung. Akzeptanz braucht Beteiligung. Wir Sozialdemokraten haben diese Herausforderung immer angenommen. "Mehr Demokratie wagen" ist so ein Markenzeichen sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik in der repräsentativen parlamentarischen Demokratie geworden. In einer Gesellschaft, die sich immer mehr emanzipiert und deren universelle technische Kommunikation inzwischen alle Lebensbereiche erfasst, entstehen neue Herausforderungen und Chancen zur Beteiligung Betroffener. Die Diskussion um Großprojekte wie den Bau des neuen Stuttgarter Bahnhofes (Stuttgart21) zeigt, dass die vorhandenen Informations- und Beteiligungsrechte der Bevölkerung nicht hinreichend geeignet sind, die Akzeptanz der politischen Entscheidungen sicherzustellen. Aufwändige nachholende Diskussionsprozesse und Vermittlungsverfahren, die sicher geglaubte Projekte mitunter scheitern lassen, sie völlig verändern oder mindestens deutlich korrigieren sind die Folge. Kostenaufwändige Nachsorge tritt so an die Stelle teilhabe-orientierter Prävention. Die Ereignisse rund um Stuttgart21 wie auch die vielfältigen Proteste gegen zeigen: Die Akzeptanz wichtiger politischer Entscheidungen hängt auch davon ab, dass Bürgerinnen und Bürger im Vorfeld intensiver in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Die Transparenz der Prozesse, wirksame Einflussmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger und eine klare Verantwortung für schließlich zu treffende Entscheidungen sind Grundlage dafür, dass Entscheidungen auch als solche Akzeptanz finden. Daher ist es unser Ziel Betroffene zu Beteiligten zu machen. Wir werden neue Wege zu mehr Demokratie öffnen: Im Land, in den Kommunen, am Arbeitsplatz und in unseren Schulen und Universitäten. Überall da, wo die Belange der Menschen direkt betroffen sind, sollen sie neue Möglichkeiten haben, mitzureden und mitzuentcheiden. Unmittelbare, direkte Beteiligung steht für uns nicht im Gegensatz zur repräsentativen Demokratie: sie sollen sich gegenseitig ergänzen und befördern.

Der gesamte Beschluss ist nachzulesen unter: www.karin-kortmann.de

Im Interview: **Norbert Fischer**

Lieber Norbert Fischer, nach 12 Jahren SPD-Ortsvereinsvorsitz in Wersten, haben Sie jetzt den Staffelstab an Roger Krempe weitergegeben. Was bleibt - Wehmut oder Erleichterung?

Von beidem ist etwas dabei, aber das steht nicht im Vordergrund. Mir ist es wichtig, dass ich meinem Nachfolger einen lebendigen und gut aufgestellten Ortsverein übergeben konnte, der zuletzt sogar einen Mitgliederzuwachs, auch durch junge Leute, verzeichnen konnte.

Sie sind in dieser Zeit zu einem Wahlkampfprofi geworden: unzählige Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. An welche erinnern Sie sich am liebsten?

Oh, die liegen schon lange zurück, tatsächlich und gefühlt noch länger. Es waren die Landtagswahlen zu Johannes-Rau-Zeiten mit landesweit nahezu flächendeckend „roten“ Wahlergebnissen, die immer noch Emotionen bei mir hervorrufen. Ich bin mir aber nicht mehr ganz sicher, ob im heutigen Medienzeitalter der herkömmliche Straßenwahlkampf die geeignete Form ist, Menschen für politische Ideen zu begeistern.

Infostände sind nicht immer ein Zuckerschlecken. Die WahlkämpferInnen werden für alles verantwortlich gemacht, was Bürgerinnen und Bürger gerne mal an "die" Politik adressieren möchten. Was würden Sie gerne mal an einem CDU-Infostand loswerden?

Woher nimmt die CDU die Chuzpe, gegen einen Landeshaushalt zu klagen, für dessen hohen Schuldenanteil sie maßgeblich verantwortlich ist?

An welchem unvollendeten Projekt in Wersten hängt nach wie vor ihr Herz?

Wersten ist ja nun ein „Straßendorf“, ein schönes, liebenswertes zwar, aber eben ohne ein richtiges Zentrum. Wir haben schon viele Anläufe unternommen, dies zu ändern. Aber ich fürchte, wir werden es nicht mehr erleben.

Gibt es Tipps, die Sie Ihrem Nachfolger mitgeben können?

Eigentlich nur einen: Versuch alles, damit wir endlich in der Stadt wieder aus der Oppositionsrolle rauskommen. Da halte ich es mit Franz Müntefering: Opposition ist Mist.

[zum weiterlesen: www.spd-wersten.de](http://www.spd-wersten.de)






„Wahrscheinlich bin ich der widersprüchlichste Mensch auf Erden. Ich bin für Marx ebenso zu haben wie für die Seeheimer, ich schätze Effizienz, bin aber auch kein Feind von Laissez-faire, vor allem aber bin ich sehr, sehr neugierig und ein Fan von hintergründigem, skurrilem und tief schwarzem Humor.“





Aus dem Landtag






Die Studiengebühren sind abgeschafft!

Gestern hat der Landtag die Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen zum Winter-semester 2011/2012 abgeschafft. Damit setzt die SPD im Düsseldorfer Landtag ihren bildungspolitischen Weg konsequent fort: Wir bauen die Bildungshürden in unserem Land ab und schaffen soziale Gerechtigkeit. Dieser wichtige Schritt hin zu mehr Chancengleichheit ist auch ein Paradigmenwechsel: Weg von der Privat-vor-Staat-Politik der alten Landesregierung – hin zu wieder mehr landespolitischer Verantwortung für die Hochschullandschaft in NRW. Die Hochschulen werden eine Kompensation von zunächst mindestens 249 Millionen Euro jährlich erhalten.

- Zum Gesetzentwurf der Landesregierung ... (Drucksache [15/97](#)) 
- Zum Entschließungsantrag "Studiengebühren in NRW abschaffen - unser Land braucht alle Talente ... (Drucksache [15/1384](#)) 
- Zum Entschließungsantrag "Planungssicherheit für unsere Hochschulen ... (Drucksache [15/1385](#)) 

Haushaltentwurf 2011

Der Düsseldorfer Landtag debattierte in erster Lesung über den rot-grünen Haus-haltentwurf für 2011. SPD-Fraktionschef [Norbert Römer](#)  betonte, dass es sich dabei um den ersten Haushalt der rot-grünen Regierungskoalition mit eigenen Akzenten handelt. 650 Millionen Euro sind vorgesehen, um arme Kommunen zu unterstützen. Mit 250 Millionen Euro soll die frühkindliche Bildung gefördert werden und 125 Millionen Euro stehen für die Kompensation der wegfallenden Studiengebühren zur Verfügung. Zugleich spart das Land bei Prestige-Veran-staltungen. SPD-Ministerpräsidentin [Hannelore Kraft](#)  stellte fest: „Wir geben eine Milliarde Euro zusätzlich für Kinder und Vorbeugung aus. Die Vermeidung von sozialen Reparaturkosten ist der richtige Weg, denn Vorbeugen ist besser als Heilen.“

- Zur [Rede](#) von Hannelore Kraft ... 
- Zum Haushaltsentwurf 2011 ... (Drucksache [15/1000](#)) 
- Zum Ergänzung zum Entwurf ... (Drucksache [15/1300](#)) 
- Zur Mittelfristigen Finanzplanung ... (Drucksache [15/1001](#)) 
- Zum Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetz ... (Drucksache [15/1002](#)) 

Mehr Lohn für Wachtmeister

Das Landeskabinett hat einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, der die bessere Besoldung von Justizwachtmeisterinnen und -wachtmeistern vorsieht. Rot-Grün will so den im Laufe der Jahre stetig gestiegenen Anforderungen an die Beamtinnen und Beamten Rechnung tragen. Das Eingangsamts der Laufbahn des Justizwachtmeisterdienstes soll von der Besoldungsgruppe A 3 auf A 4 angehoben werden, die Stellen der Leiter großer Wachtmeistereien von Behörden und Gerichten (mit 20 und mehr Stellen) von Besoldungsgruppe A 6 – derzeitiges Spitzenamt – auf A 7. Dies ist ein wichtiges Zeichen für eine besondere Anerkennung und Wertschätzung dieser Berufsgruppe.

Quelle: SPD-Landtagsfraktion

Reform der Grundsicherung verabschiedet

Der Bundestag hat heute mit Zustimmung der SPD-Fraktion das Kompromisspaket zur Neuregelung der Grundsicherung verabschiedet. SPD-Verhandlungsführerin Manuela Schwesig sprach von einem guten Kompromiss.

Nach einer monatelangen Blockade durch Schwarz-Gelb hatten SPD, Union und FDP zu Beginn der Woche einen Kompromiss in den Verhandlungen über die Reform der Grundsicherung erzielt. „Wir haben aus dem Bildungspäckchen ein Bildungspaket gemacht. Wir haben Fortschritte beim Mindestlohn erzielt. Und beim Regelsatz konnten wir Korrekturen erreichen. Deshalb wird die SPD heute im Bundestag und im Bundesrat diesem Kompromiss zustimmen,“ sagte die mecklen-burgische Sozialministerin und stellvertretende SPD-Parteivorsitzende Manuela Schwesig am Freitag vor der Abstimmung im Bundestag.

Bildungspaket verbessert, Kommunen entlastet

Mit dem Bildungspaket werden zusätzliche Leistungen für die Teilhabe bedürftiger Kinder an Kita- und Schulausflügen, an Lernförderung und sowie bei Sport, Musik und Kultur geschaffen. Folgende Verbesserungen hat die SPD in den Verhandlungen durchgesetzt:

- Neben den Kindern in der Grundsicherung erhalten 500.000 Kinder von Geringverdienern zusätzlich einen Anspruch auf die Bildungs- und Teilhabeleistungen. Konkret geht es um 300.000 Kinder von Kinderzuschlags-empfängern und 160.000 bis 200.000 Kinder von Wohngeldempfängern. „Diese 500.000 Kinder hatte die Bundesregierung vergessen“, so Manuela Schwesig im Bundestag.
- 3.000 Schulsozialarbeiter werden sich an Schulen direkt um die Kinder und Jugendlichen kümmern können. Der Bund stellt dazu zunächst bis 2013 die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung.
- Die SPD hat durchgesetzt, dass das Bildungspaket dorthin kommt, wo es hingehört: in die Verantwortung der Städte und Gemeinden. Schwarz-Gelb wollte, dass die Bildungsleistungen für Kinder von den Jobcentern verwaltet werden. Manuela Schwesig: „Wir haben erreicht dass die Kinder nicht zum Arbeitsamt gehen müssen und

sich dort Essensmarken abholen müssen, sondern dass die Kinder unterstützt werden vor Ort. Die Kommunen sind die Experten für die Kinder und nicht das Arbeitsamt.“

- Die SPD hat durchgesetzt, dass die kommunalen Haushalte entlastet werden und die Kosten, die den Kommunen zur Umsetzung des Bildungspaketes entstehen, vom Bund verlässlich und bedarfsgerecht erstattet werden. Der Bund übernimmt ohne Vorbedingungen schrittweise bis 2014 die Kosten der Grundsicherung im Alter. Die Kommunen werden dadurch beginnend ab 2012 um 1,2 Milliarden Euro bis zur vollen Summe von 4 Milliarden Euro pro Jahr ab 2014 entlastet. Zusätzlich übernimmt der Bund die tatsächlichen Kosten des Bildungspaketes.

- Die Kosten für das gemeinsame Mittagessen werden nicht nur an Kitas und Schulen, sondern auch an Horten übernommen.

Mindestlöhne durchgesetzt

1,2 Millionen Menschen Beschäftigte in der Zeitarbeit, im Sicherheitsgewerbe und in der Weiterbildungsbranche werden künftig durch Mindestlöhne unterstützt.

„Die Hilfe für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die tagtäglich schufteten und davon nicht leben können, war uns wichtig. Der Mindestlohn gehört zum Existenzminimum und zur Menschenwürde. Deswegen ist es gut, dass wir uns beim Mindestlohn durchgesetzt haben,“ betonte Manuela Schwesig.

Keine Einigung gab es beim Thema gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Hier hat sich die FDP bis zuletzt allen vernünftigen Lösungen widersetzt. Wir sind nicht bereit, schlechte Kompromisse auf Kosten der Leiharbeiter einzugehen. Wir kämpfen deshalb zusammen mit den Gewerkschaften weiter für gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Offene Fragen trotz Verbesserungen beim Regelsatz

Als „schwierig“ bezeichnete Manuela Schwesig die Verhandlungen mit der Koalition zum Regelsatz. Hier hat die Bundesregierung auf ihrer juristischen Auffassung beharrt, dass die Berechnung der Regelsätze verfassungskonform sei. Schwesig macht erneut deutlich, dass die Bundesregierung dafür auch die Verantwortung trage. Für die SPD seien die Bedenken beim Regelsatz indes ausgeräumt. Trotzdem konnten auch hier Verbesserungen erreicht werden. Der Regelsatz für Erwachsene steigt rückwirkend zum 1. Januar 2011 um 5 Euro. Außerdem gibt es neben der regulären Erhöhung um die Preis- und Lohnentwicklung zum 1. Januar 2012 eine Sonderanpassung um weitere 3 Euro. Schwesig wies in ihrer Rede zudem auf die Verbesserung für Ehrenamtliche hin: Aufwandsentschädigungen für Übungsleiter werden zukünftig bis zu 175 Euro nicht mehr auf den Regelsatz angerechnet. Der SPD sei es wichtig gewesen, „dass ehrenamtlich tätige Hartz-IV-Empfänger nicht bestraft werden“, so die stellvertretende SPD-Vorsitzende.

Impressum:

kurz&bündig

Hrsg.: Karin Kortmann
c/o SPD
Kavalleriestr. 16
40213 Düsseldorf



Quellen:
SPD-Bundestagsfraktion
Und -Landtagsfraktion

www.karin-kortmann.de

Einladung

zum Parteitag der SPD Düsseldorf

| Samstag, 9. April 2011 | Heinrich-Heine-Gesamtschule |

23.02.2011

Einladung zum Wahlparteitag 2011

Liebe Genossinnen und Genossen,

zum ordentlichen Parteitag der SPD Düsseldorf (u.a. mit Neuwahlen des Vorstandes) laden wir Dich herzlich ein. Der Wahlparteitag findet statt am

**Samstag, den 9. April 2011,
ab 10.00 Uhr in der Aula der
Heinrich-Heine Gesamtschule
Graf-Recke-Str. 170, 40273 Düsseldorf)**

Wir bitten alle stimmberechtigten Mitglieder des Parteitages ihr Mandat wahrzunehmen oder gegebenenfalls die Vertretung durch Ersatzdelegierte sicherzustellen. Die Delegiertenausweise werden bei der Türkontrolle ausgegeben.

Antragsschluss ist Samstag, der 28. März 2011. Die vorläufige Tagesordnung sowie eine Wegbeschreibung sind auf der Rückseite abgedruckt.

Mit freundlichen Grüßen

Karin Kortmann
Vorsitzende

Günter Freitag
Geschäftsführer

Anschrift
SPD Düsseldorf
Kavalleriestr. 16
40213 Düsseldorf

Tel: 0211 - 13622 - 126
Fax: 0211 - 13622 - 121
E-Mail: ub.duesseldorf.nrw@spd.de
Internet: www.spd-duesseldorf.de

Bankverbindung
SEB AG Düsseldorf
Kto.-Nr. 102 824 1800
BLZ 300 101 11



Tagesordnung (Vorschlag)

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl der Leitung des Wahlparteitages
3. Wahl der Mandatsprüfungskommission
4. Wahl von vier Wahlkommissionen
5. Wahl der Antragskommission

6. Annahme der Tagesordnung

7. Aktuelles und Anfragen

8. Bericht des Vorstandes (BE: Karin Kortmann)
9. Kassenbericht (BE: Markus Herbert Weske)
10. Aussprache
11. Bericht der Revisionskommission
12. Entlastung des Vorstands

13. Wahlen
- 13.1. der oder die Vorsitzende
- 13.2. zwei stellvertretende Vorsitzende
- 13.3. der oder die Kassierer/in
- 13.4. der oder die Schriftführer/in
- 13.5. der oder die Beauftragte/r für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- 13.6. der oder die Beauftragte/r für Mitgliederbetreuung/Mitgliederwerbung
- 13.7. acht Beisitzer oder Beisitzerinnen
- 13.8. die Revisionskommission
- 13.9. die Schiedskommission
- 13.10. der/die VertreterInnen zum Landesparteirat
- 13.11. die Delegierten und Ersatzdelegierten für die Regionalkonferenz
- 13.12. die Delegierten und Ersatzdelegierten für den Bundesparteitag
- 13.13. die Delegierten und Ersatzdelegierten zum Landesparteitag

14. Beratung und Beschlussfassung über vorliegende Anträge

Schlusswort des/der Vorsitzenden

Anschrift
SPD Düsseldorf
Kavalleriestr. 16
40213 Düsseldorf

Tel: 0211 - 13622 - 126
Fax: 0211 - 13622 - 121
E-Mail: ub.duesseldorf.nrw@spd.de
Internet: www.spd-duesseldorf.de

Bankverbindung
SEB AG Düsseldorf
Kto.-Nr. 102 824 1800
BLZ 300 101 11

